

BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT

## Höherer Überschuss

Die günstige Beschäftigungsentwicklung der Bundesagentur für Arbeit besichert in diesem Jahr einen höheren Überschuss als bislang geplant. Nach jüngsten Kalkulationen ihrer Finanzexperten wird die Behörde mit einem Plus von rund 6 Milliarden Euro abschließen. Bislang hatte die Agentur einen Überschuss von 4,5 Milliarden Euro vorhergesagt. Ursache sind neben den stärker als erwartet sinkenden Arbeitslosenzahlen auch die günstigere Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben. So werden derzeit weniger Arbeitslose als prognostiziert zu Hartz-IV-Empfängern – entsprechend sinken die fälligen Strafzahlungen an den Bund. Zudem nimmt die Behörde wegen der günstigen Beschäftigungsentwicklung mehr Beiträge ein als vorausgeschätzt. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft rechnet sogar damit, dass der Überschuss der Behörde auf rund 8,1 Milliarden Euro steigen könnte. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung, so Institutsforscher Alfred Boss, könne deshalb „weit stärker gesenkt werden als bislang geplant“. Statt auf 4,5 Prozent, wie von der Regierung vorgesehen, sei eine Reduzierung auf 3,55 Prozent möglich.



Agentur für Arbeit (in Bernau)



Motorradstaffel der Polizei

POLIZEIFUNK

## Motorola klagt

Ein juristisches Nachspiel hat die umstrittene Ausschreibung für das digitale Polizeifunknetz in Deutschland. Vergangene Woche reichte der US-Konzern Motorola, der bei der Vergabe des milliarden schweren Staatsauftrags schon in der Vorrunde ausgeschieden war, einen sogenannten Nachprüfungsantrag ein und setzte damit ein Klageverfahren über möglicherweise mehrere Instanzen in Gang. Dadurch wird sich der Aufbau des abhörsicheren Funknetzes für Polizei, Feuerwehr und andere Sicherheitsbehörden, das spätestens 2010 in Betrieb gehen soll, um mindestens ein halbes Jahr verzögern. Bei der Ausschreibung hatte das Beschaffungamt des Bundesinnenministeriums allein nach Prüfung der schriftlichen Unterlagen den Rüstungs- und Luftfahrtkonzern EADS als wirtschaftlichsten Anbieter ausgewählt und alle anderen Konkurrenten – darunter Motorola – von der weiteren Prüfung ausgeschlossen. In dem nun in Gang gesetzten Nachprüfungsverfahren wirft Motorola dem Luftfahrtkonzern vor, er besitze nicht die Lizenzen zur Nutzung von acht Motorola-Patenten, die zum Aufbau des Netzes in der geforderten Tetra-Technik zwingend notwendig sind. Anders als Motorola zählt EADS nicht zu den Pionieren des Tetra-Standards, sondern hatte sich die Technik erst im vergangenen Jahr mit der Übernahme einer Nokia-Sparte angeeignet. Dabei, so der Vorwurf, habe Nokia seine Lizenzen für die Motorola-Patente aber nicht weitergeben dürfen. EADS weist die Vorwürfe zurück. In einem Gespräch im Bundesinnenministerium ließ Motorola vergangene Woche durchblicken, man sei bereit, die Klage zurückzuziehen, falls der Milliardenauftrag zwischen den Konkurrenten geteilt oder die Ausschreibung neu aufgerollt würde.

BÖRSEN

## Wo sind die Euronext-Aktien?

Als Berater der Deutschen Börse versucht die Deutsche Bank im Bieterstreit um die Vierländerbörse Euronext derzeit mit Hochdruck herauszufinden, wem die Aktien des Instituts mit Hauptsitz in Paris gehören. Hintergrund: Euronext-Chef Jean-François Théodore strebt einen Zusammenschluss mit der New York Stock Exchange an, obwohl die Deutsche Börse zu einem höheren Gebot bereit ist; Théodore muss für sein Vorhaben eine Mehrheit seiner Aktionäre hinter sich bringen. Um die Fusion zu verhindern, bemüht sich die Deutsche Börse etwa über die Präsenzlisten der Hauptversammlungen, aber auch



Théodore

über Insider aus der Finanzbranche, herauszufinden, wer die Euronext-Aktionäre sind und wie sie sich verhalten werden – auch, um sie gegebenenfalls noch umstimmen zu können. Bislang gibt es über die Eignerstruktur nur rudimentäre Erkenntnisse. Knapp 50 Prozent der Anteile gehören angelsächsischen Finanzinvestoren – sie würden vermutlich mehrheitlich eher für einen Zusammenschluss mit New York stimmen. 12 bis 15 Prozent der Anteile liegen in Frankreich, sie favorisieren eine Fusion mit der Deutschen Börse. Von rund 30 Prozent der Aktien aber weiß die Deutsche Bank bislang noch nicht einmal, in welchem Land sie sich befinden. „Die Aktien sind wie verschollen“, sagt ein Beamter der Bundesregierung, der mit der Sache vertraut ist, „sie unterliegen nirgendwo einer Meldepflicht – und werden vermutlich von Treuhändern gehalten.“